



Interviews

Datum: 13.02.2023

Sandra Schulz im Gespräch mit Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Schulz: Fast egal, wer sich äußert, die Urteile über die deutsche Wirtschaft, die klingen alle gleichermaßen ernst. Übereinstimmend haben Finanzminister Lindner, FDP, und der grüne Wirtschaftsminister Habeck Deutschland zuletzt als nicht wettbewerbsfähig bezeichnet. Ende Januar hatten sich die großen Wirtschaftsverbände mit einem Brandbrief gemeldet. Und jetzt am Wochenende legen CDU und CSU gemeinsam ein Sofortprogramm vor und warnen gleichzeitig, es drohen Wohlstandsverluste in einem bisher nicht gekannten Ausmaß. Die Ampel reagiert jetzt. Von Finanzminister Christian Lindner kam die Ankündigung, die Ampel werde ein Konzept vorlegen, um den Standort Deutschland zu stärken. Am Telefon ist Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer einer der mächtigsten Wirtschaftsverbände in Deutschland, nämlich der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Noch mal ganz kurz aus Gründen betont, also die Arbeitgeberverbände sind das. Und Steffen Kampeter kennen viele sicherlich auch noch aus seiner langen Zeit als CDU-Wirtschaftspolitiker, schönen guten Morgen.

Kampeter: Guten Morgen und Grüße von der Spree an den Rhein. Ihr habt es ja gerade munter da am Rhein.

Schulz: Grüße zurück, so sieht es aus, noch ganz kurz. Die Ampel will jetzt also ein Konzept machen für die Stärkung des Standortes Deutschland. Sind Sie beruhigt?

Kampeter: Also, wichtig ist erst mal, wir brauchen jetzt ein Signal. Und seit einigen Monaten haben die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände auf dieses Signal hingearbeitet und Anregungen gegeben. Das Signal könnte im ersten Teil sein: Wir haben verstanden. Dazu gibt es jetzt Signale aus der Politik. Ein Signal fehlt uns: Wir handeln. Und die Ankündigung jetzt auch konkret, die Angebotsbedingungen unserer Volkswirtschaft, da, wo der Staat Handlungsträger ist, zu verbessern, wird von uns begrüßt, aber jetzt müssen Dinge auf den Lieferschein und dürfen nicht nur angekündigt werden.

Schulz: Welchen Anteil hat die Wirtschaft selbst an eben den wirtschaftlichen Problemen, die es in Deutschland gibt?

Kampeter: Na ja, ich glaube, in den Unternehmen findet der Transformationsprozess auf die neuen Rahmenbedingungen mit hoher Geschwindigkeit statt. Wir passen uns an auf neue Lieferrahmenbedingungen, auf Energiepreisveränderungen, aber auch auf neue politische Rahmenbedingungen. Aber es gibt eine Reihe von Angebotsbedingungen, die der Staat durch Gesetze, gar nicht mal so sehr durch Geld, aber durch Angebotsbedingungen verbessern kann. Wir haben dazu ein Papier an die Bundesregierung gerichtet, wo wir mal zehn Punkte aufgeschrieben haben, für die Arbeitgeber, aber auch für die Wirtschaftsverbände, die Handwerkskammern und Ähnliches. Dazu zählt ein breites Portfolio. Jetzt ist die Bundespolitik, aber auch die Länder, die oftmals mitwirken – wir fordern ja eigentlich eine konzertierte Aktion von Bund und Ländern für den Standort – aufgefordert, auch aus diesen Anregungen konkrete Handlungen zu machen. Regierungen sind dazu da zu regieren, nicht nur, um zuzuhören oder zum Moderieren. Es braucht Handlung.

Schulz: Ja, ich verstehe das, dass Sie Ihre Punkte hier machen wollen, natürlich auch noch mal Ihre Kritik an der Ampel und an den politischen Rahmenbedingungen loswerden. Aber ich würde jetzt tatsächlich gerne über Sie sprechen, über die Rolle der Wirtschaft. Sie, wie gesagt, vertreten eine wichtige Vereinigung. Diese Erwartungen, die jetzt auch in den ersten Minuten in unserem Gespräch schon deutlich werden, dass jetzt der Staat mal liefern muss, ist das vielleicht Teil des Problems?

Kampeter: Ich glaube, wir erwarten ja nicht Geld vorrangig vom Staat, sondern wenn wir raschere und schlankere Genehmigungsverfahren einfordern, hat das wenig damit zu tun, dass wir das in den Unternehmen hätten regeln können, sondern das sind staatliche Vorgaben. Wenn wir ertrinken an Bürokratie und Berichtspflichten, dann sind das staatliche Vorgaben. Sie halten uns immer stärker von der eigentlichen Unternehmensaufgabe ab und lenken uns an staatliche administrative Dinge. Das ist die Hauptkritik in unserer Mitgliedschaft. Und deswegen ist unsere Anregung, unsere Forderung, unsere Erwartung an die Bundespolitik: Jetzt hört doch endlich mal auf mit diesen Dingen, die wirtschaftlich nicht förderlich sind und konzentriert euch auf alles das, was Wachstum und Nachhaltigkeit in Deutschland mit marktwirtschaftlichen Prinzipien fördert. Und das, was Unternehmen tun können, tun sie. Sie senken

Kosten. Sie verändern Investitionen. Sie sind auch teilweise gezwungen, Arbeitsplätze zu verlagern. Das findet ja nicht nur in der Ankündigung, sondern in der Realität statt. Sowohl in den Regionen, aber auch in den Zentren merken sie das. Zum ersten Mal werden auch Arbeitsplatzabbaumaßnahmen angekündigt. Wir sind aber am liebsten in Deutschland aktiv und deswegen plädieren wir eben auch, dass die staatlichen Angebotsbedingungen, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird.

Schulz: Ja, Sie argumentieren da jetzt ganz stark parteipolitisch, was mir ein bisschen bekannt vorkommt, weil wir hier gestern im Interview auch den CDU-Generalsekretär im Interview hatten.

Kampeter: Nein, ich argumentiere wirtschaftspolitisch, nein, nein, nein.

Schulz: Stichwort Bürokratieabbau usw. Lassen Sie mich rübergehen zur nächsten Frage. Also, wenn das an den Rahmenbedingungen der Politik ...

Kampeter: Nein, ich würde erst mal widersprechen Ihrer These, dass ich parteipolitisch argumentiere, sondern ich gebe Ihnen wieder die breite Stimmung in unserer Mitgliedschaft. Es ist ja nicht nur so, dass die vier Verbände geschrieben haben. Die Kammern haben geschrieben. Sie erleben tagtäglich, dass Unternehmen sagen, wir würden gerne hierbleiben, aber die Rahmenbedingungen verbessern. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun, sondern mit der Sorge um den Standort Deutschland. Jetzt finden die Investitionen statt, mit denen in den 30er Jahren Geld verdient werden soll. Und das hat mit Parteipolitik wenig zu tun. Es ist eher Patriotismus und Sorge um die wirtschaftliche Existenz des Standortes.

Schulz: Ja, fair enough. Dass Sie darauf reagieren, kann ich gut verstehen, Herr Kampeter, aber ich glaube, alle, die das Interview gestern mit Carsten Linnemann gehört haben, kann man ja auch jederzeit nachhören in unserer DLF-Audiothek-App, die werden feststellen, dass einfach Argumente, die jetzt von Ihnen kamen, da gestern auch schon eine ganz wichtige Rolle gespielt haben.

Kampeter: Sehr erfreulich, dass man in Teilen des Parlamentes unsere Argumente unterstützt.

Schulz: Lassen Sie uns weitergehen. Herr Kampeter, lassen Sie uns bitte weitergehen. Wenn es jetzt nur an den politischen Rahmenbedingungen liegt, dann müsste es inhaltlich ja ganz leicht sein, auf die Punkte zu kommen, mit denen die deutsche Wirtschaft punkten kann oder könnte. Wo liegt denn die Innovationskraft im Moment in deutschen Unternehmen?

Kampeter: Wir haben in unserem Katalog unter anderem Maßnahmen angesprochen zur Vermeidung des weiteren Anstieges von Fach- und Arbeitskräftemangel. Dazu zählt ein breites Portfolio an Maßnahmen. Das fängt an bei der stärkeren Aktivierung von bisher noch nicht gehobenen Potenzialen auf dem Arbeitsmarkt bei Frauen, durch eine verbesserte Pflegeinfrastruktur, bei Jüngeren, aber ähnlich wie bei Älteren, bis hin zum Kindergarten. Das geht hin zu Anreizen für die stärkere Erwerbsbeteiligung von Älteren und eine bessere Berufsvorbereitung im Bildungssystem. Ich glaube, dass in einer Steigerung des Arbeitsvolumens in Deutschland ein zentraler Innovations- und Veränderungsansatz für die Wirtschaftspolitik liegt. Und der zweite wichtige Punkt ist, dass wir auch anerkennen müssen, dass diejenigen mehr netto vom Brutto behalten müssen. Und gerade im niedrigen Einkommensbereich ist daher die Notwendigkeit von Sozialversicherungsreformen und einer Sozialversicherungsbremse, die gerade in den unteren Tarifgruppen wirkt, von uns eingefordert und in der Vergangenheit ja auch im Detail beschrieben worden. Dazu zählt im Übrigen auch eine Generalrevision des Bürgergeldes, wo der Abgabenkeil nicht dazu einlädt, aus dem Bürgergeld sich herauszuarbeiten.

Schulz: Okay. Sie machen jetzt ganz viele verschiedene Punkte auf.

Kampeter: Sie habe mich ja zu konkreten Maßnahmen aufgefordert.

Schulz: Ich habe mit meiner Frage nach der Innovationskraft eigentlich stärker auf die Inhalte abgezielt. Also, was sind die Branchen? Wo liegt inhaltlich die Innovationskraft deutscher Unternehmen? Wir haben im Kopf von früher, da hat lange die Automobilindustrie eine wichtige Rolle gespielt. Ist jetzt natürlich auch noch so, aber

natürlich mit dem Bild, das wir auch alle sehen, dass da inzwischen – Stichwort Elektromobilität – China die Nase vorn hat.

Kampeter: Ich glaube, dass die deutsche Wirtschaft in der Breite innovativ ist und nicht nur in einzelnen Sektoren und Branchen. Es gibt sicherlich, wie Sie zu Recht beschreiben, wirtschaftliche Schwerpunktbranchen. Aber im Maschinen- und Anlagenbau, der für alle Technologiebranchen vorhanden ist, gibt es erhebliche Innovationspotenziale. Brachliegende Innovationspotenziale sehe ich insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz. Da ist es wichtig, dass die Regulierung und die Anwendung solcher Technologiebereiche in Europa, nicht nur in Deutschland, auch wirtschafts- und wachstumsfreundlicher ausgestaltet wird. Aber ich glaube nicht, dass es jetzt Aufgabe der Politik ist, einzelne Schlüsselbereiche zu identifizieren und politisch zu promovieren, sondern wir brauchen in der Breite Luft zum Atmen, Kraft für Investitionen. Die deutsche Volkswirtschaft ist keine Mono-Volkswirtschaft, die sich auf eine einzelne Branche stützt.

Schulz: Aber die Bereiche, die Sie gerade ansprechen, KI, Technologie, wo sind da die Cluster, wo sind da die Hidden Champions?

Kampeter: Ich glaube, wenn Sie sehen, was wir, beginnend von Industrie 4.0 in den vergangenen Jahrzehnten am Markt realisiert haben, sind beispielsweise unsere Angebote im Maschinen- und Anlagenbau immer noch führend. Wir haben in den Bereichen Pharma auch immer noch tolle Unternehmen. Und Sie sehen beispielsweise an der Investitionsentscheidung eines prominenten Pharmaunternehmens aus Rheinland-Pfalz ...

Schulz: BioNTech.

Kampeter: ..., dass es eben auch um staatliche Rahmenbedingungen geht, solche nicht nur Hidden, sondern auch bekannte Champions in Deutschland zu halten. Und das ist ja eben das Kernanliegen unseres Programms. Wir glauben, dass auch die politische Leistungsfähigkeit eines Landes von einer starken Wirtschaft abhängt, und dass die politischen Gestaltungsmöglichkeiten größer werden, wenn auch eine vernünftige wirtschaftliche Basis ... von daher gibt es nicht nur ein unternehmerisches

Interesse am wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch ein Interesse der politisch Handelnden. Und deswegen, noch mal, an sich brauchen wir eine konzertierte Aktion von Bund und Ländern für den Standort. Da kommt es nicht auf jede einzelne Schraube an, ob dieser oder jener Vorschlag realisiert wird, sondern das gemeinsame Handlungssignal wäre schon ein wichtiges politisches Motiv, Anleitung, Unterstützung für Investitionen in die Zukunft unseres Standortes.

Schulz: Steffen Kampeter war das, der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.